

Unsere Rechtsverwahrung

Die Geschichte soll entscheiden

Die Botschafterkonferenz in Paris hat die Erklärung, dass Deutschland die in der Entscheidung über die Festsetzung der Grenze in Oberschlesien vorgesehenen Delegierten ernennen werde, zur Kenntnis genommen. Dagegen hat sie die Rechtsverwahrung der deutschen Regierung abgewiesen. Das war zu erwarten. Diese Rechtsverwahrung war nur formell an die Personen gerichtet, die als Vertreter der alliierten Hauptmächte in Paris sitzen. In Wirklichkeit stellte sie einen Akt dar, über dessen Bedeutung nicht die Botschafterkonferenz in Paris, sondern die Geschichte entscheiden wird.

Es hat keinen deutschen Politiker gegeben, der es im Ernst für möglich hielt, die Entsendung von Delegierten für die Wirtschaftsverhandlungen, für den Minoritätenschutz, für die gemischte Verwaltungskommission, für das Schiedsgericht und die Grenzfestsetzungskommission zu verweigern. Selbst wenn man sich der Androhung von Zwangsmassnahmen nicht zu fügen bereit war, so musste man an Oberschlesien denken, vor allem an seine unglücklichen Bewohner, die zukünftig der polnischen Oberhoheit unterliegen sollen. Um ihnen „die sonst bevorstehende Verelendung so weit wie möglich zu ersparen,“ musste jedes Opfer gebracht werden. Trotzdem haben nicht nur die Deutschnationalen sich auf den Standpunkt „bedingter Negativität“ gestellt. Bei dieser Partei, deren Führer, Graf Westarp, es fertig brachte, in einer Rede in Karlsruhe die sofortige Wiedereinführung der Wehrpflicht als möglich hinzustellen, lässt sich eine solche Einstellung verstehen, weil sie sich dem jetzigen Staat gegenüber genau ebenso einstellt wie vor dem Krieg der radikale Flügel der Sozialdemokratie gegenüber dem kaiserlichen Deutschland. Ueberaschend war dagegen die Haltung der Deutschen Volkspartei, die sich nach dem Zeugnis des deutschnationalen Führers Hergt in der oberschlesischen Krise aufs engste mit den Deutschnationalen verband.

Unfruchtbare Verneinung

Diese Haltung, die auf den Einfluss des Grossindustriellen Hugo Stinnes zurückgeführt wird, hat die Verhandlungen über die Verbreiterung der Regierungsgrundlage jäh unterbrochen. Diese Verbreiterung war beschlossene Sache, und die Führer aller Gruppen der neuen Mehrheit, einschliesslich der Abgeordneten Stresemann und Kempkes von der Deutschen Volkspartei, hatten sich in einer Besprechung bei dem

Reichspräsidenten über eine Form der Rechtsverwahrung bereits geeinigt, die es allen vier Parteien ermöglichen sollte, gemeinsam die neue Regierung zu bilden und die grossen Aufgaben der wirtschaftlichen und finanziellen Erneuerung durch ihr Zusammenwirken zu lösen. Die Vereinbarung war am 24. Oktober um 8 Uhr abends getroffen worden, aber sie wurde nach wenigen Stunden durch einen Beschluss der volksparteilichen Fraktion hinfällig, die sich auf einen absolut negierenden Standpunkt stellte und ihre Führer desavouierte.

Die Bereitschaft Dr. Wirths, ohne die Fraktionen ein Kabinett zu bilden, wurde unter diesen Umständen von allen Seiten als rettende Tat offen anerkannt oder heimlich begrüsst. Auch ein Kabinett der Deutschnationalen hätte es im Ernst es nicht wagen können, um einer Geste willen jede Möglichkeit wegzuworfen, die wirtschaftlichen Werte Oberschlesiens wenigstens teilweise zu retten. Die Aufgabe aller Schichten des deutschen Volkes ist es jetzt, bei den Verhandlungen den deutschen Standpunkt kraftvoll zu wahren und den unfruchtbaren Streit um Gewesenes zu begraben. Die Parteien haben sich mehr als je untereinander verzankt. Um so höher wird die Verantwortung der politischen Führung, die der Zustimmung der weitesten Kreise sicher sein darf, wenn sie den Einfluss der Fraktionen auf das Mass beschränkt, das mit einer zielsicheren, geschlossenen und entschlossenen Politik vertraglich ist.

Rücktritt des preussischen Kabinetts

Der Erledigung der Reichskrise folgte unmittelbar der Rücktritt des preussischen Kabinetts Stegerwald, das im April gebildet worden war. Der Rücktritt wurde herbeigeführt, um den Sozialdemokraten das Tor zur Regierung zu öffnen.

Um die Sanierung Europas

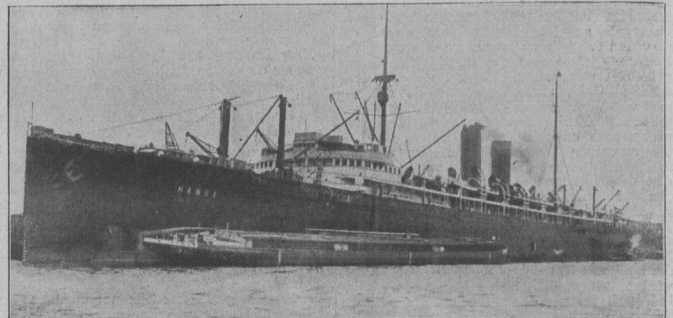
Die oberschlesische Entscheidung mit ihren verhängnisvollen Folgen für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hat die Erkenntnis in den Ententekreisen verstärkt, dass die finanzielle Zerrüttung, in die Deutschland hineingetrieben wird, die Ursache der schleichenden Wirtschaftskrise der ganzen Welt bildet. Die Washingtoner Konferenz wird sich mit diesem Problem auseinandersetzen müssen, das ja nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung ist, sondern auch darüber entscheidet, ob Europa den Weg des Friedens und der Gesundung geht oder ob der Versuch gemacht wird, aus Deutschland auf dem Weg militärischer Besetzungen und finanzieller Zwangsverwaltung das Letzte herauszupressen. Inzwischen hat der Marksturz namentlich in den Grenzgebieten, wo fremde Zahlungsmittel schrankenlos zur Geltung kommen können, geradezu einen Ausverkauf aller Werte herbeigeführt. Die Teuerungswelle, die im Gefolge dieser Entwicklung einhergeht, hat auch eine neue Erhöhung der Beamtgehälter um 25 bis 30 v. H. nötig gemacht, der entsprechende Mehraufwendungen auf anderen Gebieten folgen werden.

Baden für den Block der Mitte

Dasjenige deutsche Land, das die revolutionären Zuckungen zuerst überwand und sich klar auf den Boden der Demokratie stellte, war Baden, obwohl es durch den Rückstrom der Etappe und der Front zuerst und am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Damals hat der spätere Kultusminister Hummel unter dem Titel eines Stellvertreters des revolutionären Kriegsministers, eines biederen Landsturmmannes, mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte eine Initiative entfaltet, die dem Reich Hunderte von Millionen an Heeresgut rettete und dem Lande bereits am 5. Januar 1919 die Möglichkeit geordneter Wahlen verschaffte. Aus diesen Wahlen ging eine verfassunggebende Landesversammlung hervor, die unter allgemeiner Zustimmung dann als Landtag weiterwirkte. Der Segen dieser Kontinuität zeigte sich bei den Neuwahlen, die am letzten Oktober-Sonntag stattfanden. Die bisherige Regierungs-

Die neue „Hansa“

Hamburg—New York



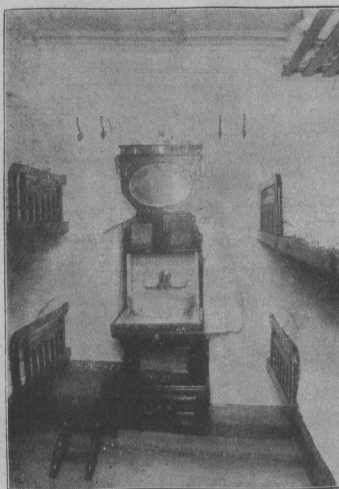
Die von der Entente abgelehnte „Deutschland“, später Gesellschaftsschiff „Viktoria Luise“, wurde zum Einheitsschiff „Hansa“ umgebaut. (Siehe den Artikel „The democratic ship“ auf Seite 15)



Ein Teil des Speisesaals, der ebenso wie alle Räume den Passagieren 3. Klasse zur Verfügung steht



Die Einrichtung des Rauchsals



Eine Familienkabine auf der „Hansa“ wie sie in der 3. Klasse bisher nirgends bestand